

Beschlussempfehlung und Bericht **des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)**

**Antrag der Abgeordneten Heike Hänsel, Michel Brandt, Christine Buchholz,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.**
– Drucksache 19/445 –

Zwei-Prozent-Rüstungsziel der NATO ablehnen

A. Problem

Nachdem Politiker verschiedener Parteien jüngst ihre Ablehnung des von den Regierungen der NATO-Staaten beschlossenen Ziels der Erhöhung der Militärausgaben auf jeweils 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes bis zum Jahr 2024 geäußert hätten, wollen die Antragsteller dem Deutschen Bundestag mit dem Antrag Gelegenheit geben, dieser Haltung Beschlusskraft zu verleihen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/445 abzulehnen.

Berlin, den 28. Februar 2018

Der Verteidigungsausschuss

Wolfgang Hellmich
Vorsitzender

Dr. Karl A. Lamers
Berichterstatter

Dr. Fritz Felgentreu
Berichterstatter

Rüdiger Lucassen
Berichterstatter

Dr. Marcus Faber
Berichterstatter

Dr. Alexander S. Neu
Berichterstatter

Dr. Tobias Lindner
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Karl A. Lamers, Dr. Fritz Felgentreu, Rüdiger Lucassen, Dr. Marcus Faber, Dr. Alexander S. Neu und Dr. Tobias Lindner

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/445** in seiner 8. Sitzung am 19. Januar 2018 zur federführenden Beratung an den Verteidigungsausschuss sowie zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss sowie den Haushaltsausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

In der Erklärung des NATO-Gipfels von Wales vom September 2014 stimmten die Regierungen der NATO-Staaten dem Ziel einer Erhöhung der Militärausgaben auf jeweils 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bis zum Jahr 2024 zu. Auf dem NATO-Gipfel in Warschau im September 2016 wurde dies erneut bekräftigt. Nach Schätzungen ergebe sich für Deutschland daraus die politische Selbstverpflichtung, pro Jahr bis zu zwischen 70 und 80 Mrd. Euro für militärische Zwecke auszugeben, was nahezu einer Verdoppelung der Militärausgaben bis 2024 entspräche. Dies habe dazu geführt, dass Politiker verschiedener Parteien ihre Nichtübereinstimmung mit dem Beschluss des Zwei-Prozent-Ziels geäußert hätten. Mit dem Antrag soll der Bundestag Gelegenheit erhalten, dieser Nichtübereinstimmung Beschlusskraft zu verleihen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 3. Sitzung am 28. Februar 2018 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 2. Sitzung am 21. Februar 2018 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag in seiner 2. Sitzung am 21. Februar 2018 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Im Verlaufe der Ausschussberatung erklärte die **Fraktion der CDU/CSU**, beim NATO-Gipfel in Wales sei eine wichtige politische Absichtserklärung getroffen worden und es gehe insgesamt um eine Frage der Glaubwürdigkeit der NATO. Das Verfolgen des Zieles sei entscheidend, damit die NATO den Herausforderungen der heutigen Zeit, insbesondere nach Annexion der Krim durch Russland, begegnen könne. Das Ziel liege darin, bis zum Jahr 2024 den militärischen Anteil des Haushalts im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) auf zwei Prozent zu erhöhen. Dies solle dadurch erfolgen, dass jedes NATO-Mitglied seine eigenen Fähigkeiten steigern solle, um so die NATO in ihrer Gesamtheit zu stärken. An diesem Ziel müsse man weiter festhalten.

Die **SPD-Fraktion** erhob Zweifel, ob eine sprunghafte Steigerung des deutschen Verteidigungsetats um 30 Mrd. Euro auf Verständnis in der Bevölkerung stoßen würde. Gleichwohl werde sich Deutschland entsprechend seines politischen Gewichts und seiner Wirtschaftskraft an der NATO beteiligen. Das Zwei-Prozent-Ziel solle daher nicht als absolut starre Zielgröße betrachtet werden und eine Orientierung allein an der Wirtschaftsleistung statt an den Fähigkeiten der Bundeswehr erscheine grundsätzlich nicht zweckmäßig. Vielmehr erscheine eine aufgabenkritische Herangehensweise notwendig. Es wäre sinnvoller, innerhalb des vorgegebenen Korridors intensivere

Anstrengungen zu unternehmen, die Fähigkeiten der Bundeswehr zu stärken und die Einsatzbereitschaft zu erhöhen, damit Deutschland so seinen Beitrag in der NATO leisten könne.

Nach Ansicht der **Fraktion der AfD** sei mit der Erklärung von Wales ein deutliches Ziel vorgegeben worden, zu dem es an einer klaren Aussage der Bundesregierung fehle, wie man den Weg dorthin beschreiten wolle. Frankreich werde bis 2025 insgesamt 300 Mrd. Euro in die Armee investieren und damit das Zwei-Prozent-Ziel erfüllen. Hieran solle sich Deutschland ein Beispiel nehmen und sich eindeutig zum Zwei-Prozent-Ziel von Wales bekennen..

Die **FDP-Fraktion** hob hervor, es gelte das Zwei-Prozent-Ziel, auf das man sich seinerzeit verständigt habe, auch umzusetzen. Derzeit gebe es deutliche Defizite in der Bundeswehr, wie der jüngst vorgelegte Jahresbericht des Wehrbeauftragten aufzeige. Die Fähigkeitslücken müsse man dringend schließen, um die Bündnisfähigkeit und die Fähigkeit, einen Beitrag zu internationalen Einsätzen leisten zu können, zu gewährleisten.

Die **Fraktion DIE LINKE.** betonte, es handele sich bei dem Zwei-Prozent-Ziel um keine Verbindlichkeit, sondern nur um eine Absichtserklärung, von der man wieder abrücken könne. Es sei nicht erkennbar, wofür die NATO diese Steigerung genau benötige, da die NATO im Vergleich zu den OVKS-Staaten, zum Teil auch unter Einbeziehung Chinas, bereits aktuell ein klares quantitatives Übergewicht an Gerät und Personal habe.

Aus Sicht der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** gehe es vor allem um eine faire Lastenverteilung innerhalb des Bündnisses, wofür das Zwei-Prozent-Ziel nicht der richtige Indikator sei. Dies zeige sich auch daran, dass die NATO-Staaten zum Teil sehr unterschiedliche Bereiche zur Berechnung einbezögen, um dieses Ziel zu erreichen. Viel wichtiger sei dagegen, die Planungsziele bis zum Jahr 2030 weiterzuverfolgen, um den Bündnisverpflichtungen nachzukommen.

Berlin, den 28. Februar 2018

Dr. Karl A. Lamers
Berichterstatter

Dr. Fritz Felgentreu
Berichterstatter

Rüdiger Lucassen
Berichterstatter

Dr. Marcus Faber
Berichterstatter

Dr. Alexander S. Neu
Berichterstatter

Dr. Tobias Lindner
Berichterstatter